

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Berenbrinker begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 27. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg vom 08.08.2012 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Er gratuliert Herrn John zu seinem Geburtstag am 09.02.2012.

-.-.-

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 25. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 19.01.2012

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 19.01.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Informationsveranstaltung zum Thema Hausbau,- sanierung und -modernisierung, energetische Möglichkeiten und Klimaschutz

Frau Steinborn teilt mit, dass die Informationsveranstaltung aufgrund des Beschlusses der Bezirksvertretung Dornberg vom 16.06.2011 am 29.02.2012 um 18.30 Uhr in der Aula der Grundschule Babenhausen stattfindet.

Anmeldeverfahren der städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2012/2013

Frau Steinborn teilt mit, dass der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 10.11.2011 beschlossen habe, den Stadtbezirken für das Anmeldeverfahren der städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2012/2013 maximale Aufnahmekapazitäten zur Erreichung angemessener und möglichst gleichmäßig starker Klassengrößen im

gesamten Stadtgebiet zu empfehlen.

Die Aufnahmezügigkeiten der einzelnen Schulen würde dann nach den Ergebnissen des Anmeldeverfahrens von der Verwaltung festgelegt.

Das reguläre Anmeldeverfahren für die städtischen Grundschulen habe in der Zeit vom 16.11.2011 bis 19.11.2011 stattgefunden. Im Dezember 2011 hätten mehrere Gespräche mit Schulleitungen zur Koordinierung der Anmeldeüberhänge stattgefunden. Im Fall von Ablehnungen seien die Eltern aufgefordert worden, ihre Kinder bis zum 20.01.2012 an Grundschulen mit freien Aufnahmekapazitäten anzumelden.

Aus der Übersicht des Amtes für Schule könnten die aktuellen Anmeldezahlen und die zu bildenden Eingangsklassen ermittelt werden. Zum Schuljahr 2012/2013 würden nach heutigem Stand 112 Eingangsklassen gebildet. Die Übersicht ist Anlage zu diesem Protokoll.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Umbenennung eines Teilstücks der Schloßstraße in Deppendorf Bürgereingabe nach § 24 Gemeindeordnung (GO) i.V.m. den Richtlinien für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3645/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Bürgereingabe des Herrn Baumeister und erläutert die Umstände, die zu dem Bürgerantrag geführt hätten. Er habe hinsichtlich der Problematik und möglicher Lösungen mit dem Feuerwehramt gesprochen. Dort habe man sich positiv zu einer Änderung des Straßennamens ausgesprochen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung diskutieren die Problematik. Es stelle sich die Frage, ob durch das Umbenennen des Teilstücks der Schloßstraße die Schwierigkeiten behoben werden könnten, und ob auch eine Umbenennung des anderen Teils der Schloßstraße, Richtung Schröttinghauser Straße, vorgenommen werden müsste. Weiterhin sei eine sorgfältige Abwägung der Beeinträchtigungen der Anwohnerinnen und Anwohner erforderlich. Um zusammen mit dem Amt für Geoinformation und Kataster Lösungsmöglichkeiten zu finden, soll die Angelegenheit im Arbeitskreis Stadtteilentwicklung beraten werden.

-.-.-

Zu Punkt 6

Wasserlauf am Spielplatz im Dornberger Auenpark **Bürgereingabe nach § 24 Gemeindeordnung (GO) i.V.m. den** **Richtlinien für die Erledigung von Anregungen und** **Beschwerden**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3664/2009-2014

Herr Berenbrinker gibt Herrn Buchner die Gelegenheit sich zu seiner Bürgereingabe zu äußern und dieser trägt die Inhalte und die Begründung der Bürgereingabe vor.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung sprechen sich grundsätzlich für eine Reaktivierung des Wasserlaufes aus, stellen jedoch eine „einfache“ Umsetzung der Maßnahme aus technischen sowie haushaltsrechtlichen Gründen in Frage. Zusätzlich sei zu überprüfen, ob das Befüllen des Wasserlaufes aus sicherheitstechnischen Aspekten für spielende Kinder ohne weiteres vorgenommen werden könne.

Die Entscheidung über die Bürgereingabe werde bis zur Klärung dieser Fragen zurückgestellt und es solle zunächst ein Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, unter Ermittlung der Kosten zu prüfen, ob der Wasserlauf am Spielplatz im Dornberger Auenpark wieder hergerichtet werden kann.

- einstimmig beschlossen -

Herr Buchner kritisiert, dass über seine Bürgereingabe nicht entschieden worden sei und er sich mit dem Erteilen eines Prüfauftrages an die Verwaltung nicht einverstanden erkläre. Er fordert die Mitglieder der Bezirksvertretung auf, durch einen Beschluss die Umsetzung der Maßnahme zu erwirken.

Herr Berenbrinker führt daraufhin aus, dass ohne Klärung der Fragen eine vernünftige Entscheidung nicht getroffen werden könne. Nach Vorliegen der Stellungnahme der Verwaltung werde erneut über die Bürgereingabe beraten und entschieden.

-.-.-

Zu Punkt 7

Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2012/2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3570/2009-2014

Frau Busch-Viet stellt die Inhalte zu der Beschlussvorlage vor und erläutert die Hintergründe.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung kritisieren, wie bereits schon in den

Vorjahren, die schwer nachzuvollziehenden und komplizierten Darstellungen und Ausführungen sowie das Fehlen von Erläuterungen und regen an, dies zukünftig zu ändern.

Frau Busch-Viet klärt offene Fragen und erläutert ausführlich die verschiedenen Tabellen.

Frau Brinkmann stellt folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird kurzfristig um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- *Wie viele Integrationsplätze gibt es im Stadtbezirk Dornberg und wo befinden sie sich?*
- *Handelt es sich hierbei um Inklusion in Kindertagesstätten?*
- *Gibt es solche Plätze auch im Bereich der Tagespflege?*
- *Wie viele Kinder wurden in welcher Stufe in Dornberger Kindertagesstätten abgewiesen? Hierzu bitte eine Aufstellung der einzelnen Kindertagesstätten.*

Frau Busch-Viet berichtet zu den Zahlen der abgewiesenen Kinder in Kindertagesstätten, dass viele Eltern ihre Kinder in verschiedenen Kindertagesstätten anmeldeten und zugesagte Plätze erst sehr spät freigäben. Auf Grund der in der Verantwortung der Einrichtungen liegenden unterschiedlichen Anmeldepraxis sei es nicht möglich, Angaben zur Zahl der tatsächlich abgelehnten Kinder je Einrichtung zu machen. Die Versorgungsquote in Dornberg läge jedoch bei 96 %, was bedeute, dass fast jedes Kind über 3 Jahren einen Platz in einer Kindertagesstätte bekommen würde.

Die Mehrfachnennungen stellten ein großes Problem dar, da es die Sorgen der Eltern hinsichtlich einer fehlenden Betreuung schüre. Derzeit suche man nach einem geeigneten, eventuell zentralen Vergabeverfahren.

Herr John führt aus, dass es in Dornberg eine gute Entwicklung hinsichtlich der Plätze für Kinder über 3 Jahren gäbe. Bei den Plätzen für Kinder unter 3 Jahren bestünde jedoch noch weiterer Bedarf.

Herr John stellt folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird aufgefordert die Bezirksvertretung Dornberg zeitnah über bauliche Maßnahmen an Dornberger Kindertagesstätten zum Ausbau der Plätze für Kinder unter 3 Jahren zu unterrichten.

Er kritisiert, dass die Bezirksvertretung Dornberg nicht über die Erweiterungsbauten in den einzelnen Kindertagesstätten informiert würde. Hierbei handele es sich schließlich um eine Ausweitung des Angebotes und das müsse in die weitergehenden Überlegungen einfließen. Die Erweiterung der AWO-Kindertagesstätte am Sportplatz in Dornberg sei auch nur zufällig bekannt geworden. Er fordere hier die umfassende Information über die einzelnen Einzugsbereiche und die geplanten Entwicklungen der jeweiligen Kindertagesstätten. Besonders Planungen zu Erweiterungsbauten müssten in der Bezirksvertretung vorgestellt werden.

Frau Selle macht darauf aufmerksam, dass die neu zu bauende Kindertagesstätte am Campus nicht in der Vorlage des Jugendamtes enthalten sei. Die dadurch neu geschaffenen Plätze müssten jedoch in die Planungen für den Stadtbezirk Dornberg eingehen. Sie regt an, den Beschluss wie folgt zu ergänzen:

Zusätzlich beauftragt die Bezirksvertretung Dornberg die Verwaltung den Bedarf an Betreuungsplätzen im Bereich des Campus zu ermitteln und in die Planungen mit aufzunehmen. Als möglicher Träger der Einrichtung sollte primär das Studentenwerk angesprochen werden.

Frau Busch-Viet erläutert, dass die Plätze der neu zu bauenden Kindertragesstätte nicht bei den aktuellen Planungen Berücksichtigung finden könne, da hier Zahlen der Plätze angegeben würden, die zum 15.08.2012 zur Verfügung stünden. Dies treffe auf die Plätze der sich in Planung befindlichen Kindertagesstätte jedoch nicht zu.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung einigen sich hinsichtlich des Antrages von Frau Selle dahingehend, dass zunächst die Antwort des Jugendamtes zum des Bau der Kindertagesstätte am Campus abgewartet würde, da die die Bedarfsplanungen für den Bereich Campus und Lange Lage beinhalte würde.

Unter Berücksichtigung der Anträge von Frau Brinkmann und Herrn John fassen die Mitglieder der Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2012/2013 fest und beauftragen die Fachverwaltung diesen bis zum 15.03.2012 an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW zu melden:

| | Platzzahl* Tageseinrich- tungen | davon unter 3 Jahren | davon über 3 Jahren | Platzzahl Tagespflege |
|--------------|---------------------------------------|-------------------------|------------------------|--------------------------|
| Ia | 322 | 1.048 | 2.733 | |
| Ib | 1.331 | | | |
| Ic | 2.128 | | | |
| IIa | 24 | 24 | | |
| IIb | 233 | 233 | | |
| IIc | 1.003 | 1.003 | | |
| IIIa | 884 | | 884 | |
| IIIb | 2.064 | | 2.064 | |
| IIIc | 3.076 | | 3.076 | |
| Summe | 11.065 | 2.308 | 8.757 | 600** |

Stand: 05.01.2012

***Abweichungen gegenüber den Daten in der Anlage „Kindergartenbedarfsplanung“ ergeben sich aus der Tatsache, dass nicht alle Plätze über das KiBiz NW gefördert werden, insofern in**

dieser Vorlage keine Berücksichtigung finden können (56 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 45 Plätze in den sog. Intensivhorten sowie 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden, sowie 2 Kitas, die teilweise nur halbjährlich angemeldet werden weil die Inbetriebnahme erst im Laufe des KiGa-Jahres erfolgen wird).

****Inkl. 50 Reserveplätze Tagespflege**

2. Gegenüber dem Land NRW werden auf der Basis der zurzeit vorliegenden Erkenntnisse, vorbehaltlich einer endgültigen verwaltungsmäßigen und medizinischen Prüfung des Integrationsbedarfes von Kindern, 360 Integrationsplätze gemeldet. Sollten bis zum 15.03.2012 weitere Bedarfe vorliegen, wird die Verwaltung beauftragt, die Meldung entsprechend anzupassen.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2011/2012 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2013 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2012 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

4. Die Verwaltung wird kurzfristig um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- Wie viele Integrationsplätze gibt es im Stadtbezirk Dornberg und wo befinden sie sich?
- Handelt es sich hierbei um Inklusion in Kindertagesstätten?
- Gibt es solche Plätze auch im Bereich der Tagespflege?
- Wie viele Kinder wurden in welcher Stufe in Dornberger Kindertagesstätten abgewiesen? Hierzu bitte eine Aufstellung der einzelnen Kindertagesstätten.

5. Die Verwaltung wird aufgefordert die Bezirksvertretung Dornberg zeitnah über bauliche Maßnahmen an Dornberger Kindertagesstätten zum Ausbau der Plätze für Kinder unter 3 Jahren zu unterrichten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

--

Zu Punkt 8

Umsetzung der bedarfsgerechten Planung der Tagesbetreuung in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3571/2009-2014

Frau Busch-Viet erläutert die Inhalte der Beschlussvorlage.

Frau Brinkmann begrüßt den Stand von Bielefeld im landesweiten Vergleich hinsichtlich der Kindertageseinrichtungen, kritisiert jedoch,

dass im Beschlussvorschlag zum Bau 8 neuer Kindertagesstätten die geplante Einrichtung am Campus nicht berücksichtigt werde. Ebenso würden die Erweiterungsbauten im Stadtbezirk Dornberg nicht vollständig in den Ausführungen aufgeführt und berücksichtigt. Den Formulierungen des Beschlussvorschlages könne so nicht zugestimmt werden.

Weitergehend sei auf Seite 6, erster Absatz, der Beschlussvorlage die Formulierung gewählt „Dies steht allerdings unter dem Vorbehalt der Verabschiedung des Landeshaushalts 2012. Nach Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers würden damit weitere ca. 200.000 € für 2012 und ca. 220.000 € für 2013 (Anteil Stadt ca. 26 %) aus der U3 Pauschale des Landes für die städtischen Kindertageseinrichtungen zur Verfügung stehen.“ Die Planungen stünden alle vor dem Vorbehalt der Verabschiedung des Landeshaushaltes 2012 und auch hier könne derzeit keine Zustimmung erfolgen.

Frau Brinkmann führt aus, dass ohne die Beantwortung der zu TOP 7 gestellten Fragen eine Beschlussfassung der Vorlage nicht möglich sei. Zusätzlich bitte sie noch um Beantwortung folgender Frage:

Wie viele Tagespflegestellen gibt es in Dornberg und wo ist der jeweiligen Standort?

Daher stellt sie folgenden Antrag:

Die Beratung der Beschlussvorlage Nr. 3571/2009-2014 – Umsetzung der bedarfsgerechten Planung der Tagespflege in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege – in der 27. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg wird als erste Lesung betrachtet.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung unterstützen diesen Antrag und fassen folgenden

Beschluss:

Die Beratung der Beschlussvorlage Nr. 3571/2009-2014 – Umsetzung der bedarfsgerechten Planung der Tagespflege in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege – in der 27. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg wird als erste Lesung betrachtet.

Eine weitere Beratung erfolgt nach Ergänzung der folgenden Punkte

- **Berücksichtigung des Neubaus der Kindertageseinrichtung am Campus,**
- **Berücksichtigung der geplanten Erweiterungsbauten an Dornberger Kindertageseinrichtungen,**

sowie der Beantwortung folgender Fragen:

- **Wie viele Tagespflegestellen gibt es in Dornberg und wo ist der jeweiligen Standort?**
- **Wie viele zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher werden benötigt?**

- einstimmig beschlossen -

Frau Selle erkundigt sich danach, aus welchen Mitteln die unter Punkt 3 genannten und auf zwei Jahre befristeten Stellen im Immobilienservicebetrieb finanziert würden. Hierauf antwortet Frau Busch-Viet, dass die zusätzlichen Stellen, wie auch in der Vorlage dargelegt, aus dem Etat des Dezernates 5 finanziert würden.

Frau Brinkmann wirft die Frage nach der Anzahl der zusätzlichen Stellen für Erzieherinnen und Erzieher und deren Finanzierung auf. Frau Busch-Viet antwortet hierauf, dass die Finanzierung der Personalkosten aus den KiBiz-Pauschalen erfolge.

Auf die Frage nach der aktuellen Verfügbarkeit von ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern teilt Frau Busch-Viet mit, dass derzeit ausreichend qualifizierte Kräfte zur Verfügung stünden. Je nach Ausweitung des Betreuungsangebotes könne sich hier jedoch durchaus ein Engpass ergeben. Hier habe die Stadt Bielefeld jedoch keine unmittelbare Eingriffsmöglichkeit.

-.-.-

Zu Punkt 9

Teilnahme der Stadt Bielefeld am bundesweiten Städtewettbewerb "Stadtradeln" des Klima-Bündnisses

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3586/2009-2014

Die Vorlage zum Wettbewerb wird von den Mitgliedern der Bezirksvertretung kontrovers diskutiert. Kritisiert wird der Druck durch das Veröffentlichen der Daten im Hinblick auf den Datenschutz. Ergänzend wird in Frage gestellt, in wie weit durch Organisation und Durchführung dieses Wettbewerbes verwaltungsinterne Ressourcen gebunden würden, die – hier auch mit Blick auf die Kosten – besser anders eingesetzt werden könnten.

Auf der anderen Seite wird dieser Wettbewerb begrüßt, da jede Chance, Mitmenschen zum Radfahren zu ermutigen, genutzt werden sollte. Dem sicherlich vorhandenen „Druck“ durch die Formulierungen in der Beschlussvorlage müsse sich jedoch keiner aussetzen, da eine Teilnahme nicht verpflichtend sei. Man sehe diese Maßnahme als gute Möglichkeit um das Radfahren zu bewerben.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Rat die Anmeldung der Stadt Bielefeld am bundesweiten Wettbewerb „Stadtradeln“ für das Jahr 2012 zu beschließen und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Aktion. Die Bezirksvertretung Dornberg begrüßt eine rege Teilnahme der Bielefelder Bürgerinnen und Bürger und wünscht gleichermaßen eine Beteiligung der gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter.

- mit Mehrheit beschlossen -

7 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

(Herr Haemisch war zu dieser Abstimmung nicht anwesend)

Zu Punkt 10 **Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie - Aufstellung des
Umsetzungsfahrplanes für die Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3453/2009-2014

Herr Kleinesdar belobigt die Darstellung der Pläne und Maßnahmen im Internet.

Frau Selle und Herr Gieselmann machen folgende Anregungen:

- **Johannisbach, Nähe SU 3/1290m – Entwicklung / Anlage eines Uferstreifens**
Hier solle die Maßnahme tatsächlich auch umgesetzt werden.
- **Bereich der Deppendorfer Mühle / Schwarzbach.**
Es solle keine Neutrassierung des Gewässerverlaufes erfolgen, sondern die vorhandenen Durchlässe seien zu nutzen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung nehmen Kenntnis.

Zu Punkt 11 **Investitionen des Umweltbetriebes für die Bereiche Friedhöfe
und Stadtentwässerung 2012**

Herr Kleinesdar und Herr Steinkühler hinterfragen die Investition für Metalltore am Friedhof Dornberg und werfen die Frage auf, wo genau die Tore eingebaut werden sollen und zu welchem Zweck jetzt aktuell diese Investition getätigt werden müsse.

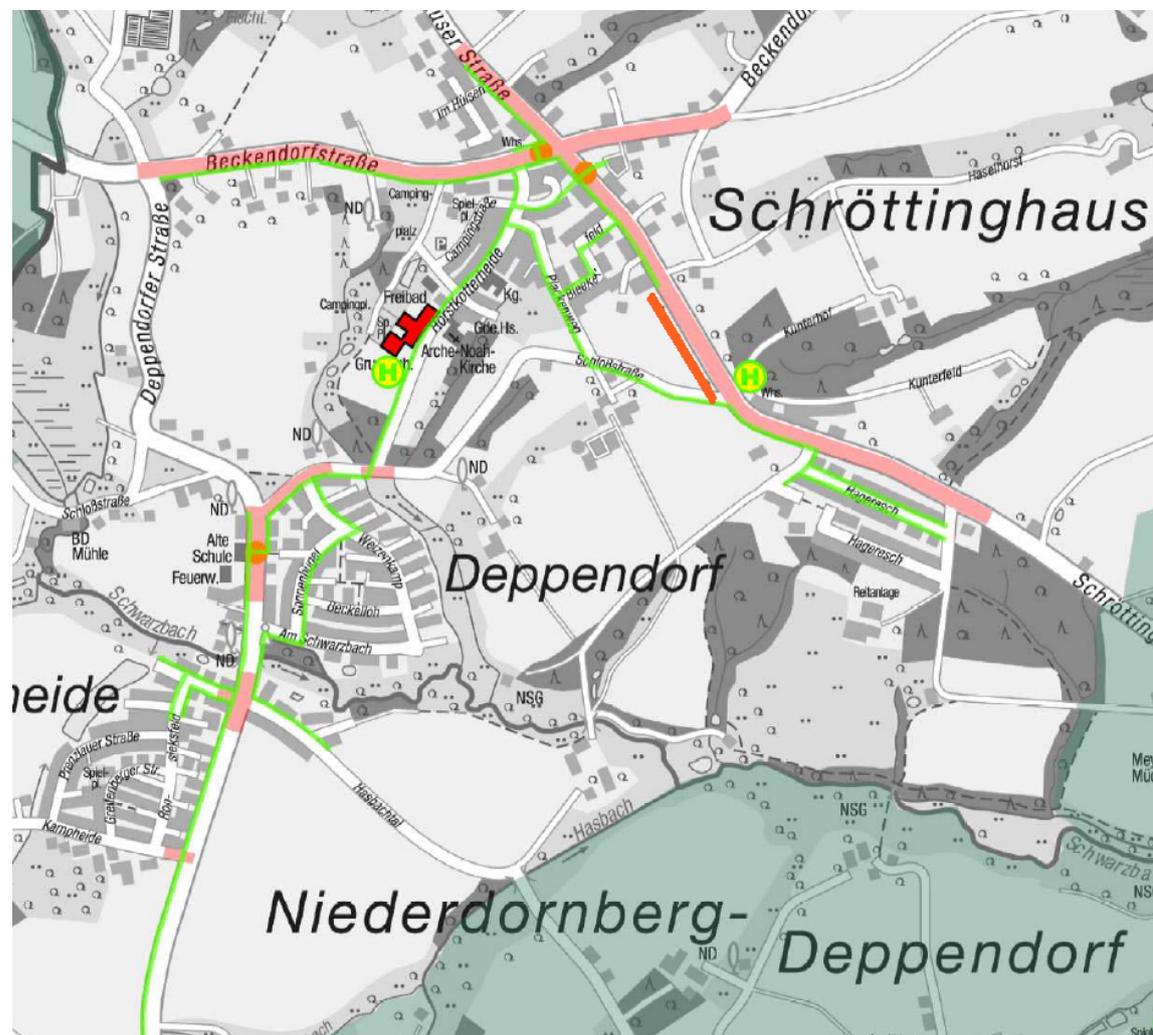
Die Mitglieder der Bezirksvertretung bitten um Beantwortung der Fragen bis zur nächsten Sitzung und vertagen eine Beschlussfassung.

Zu Punkt 12 **Neuaufgabe Schulwegpläne**

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg überprüfen die Schulwegpläne und machen folgende Änderungsvorschläge:

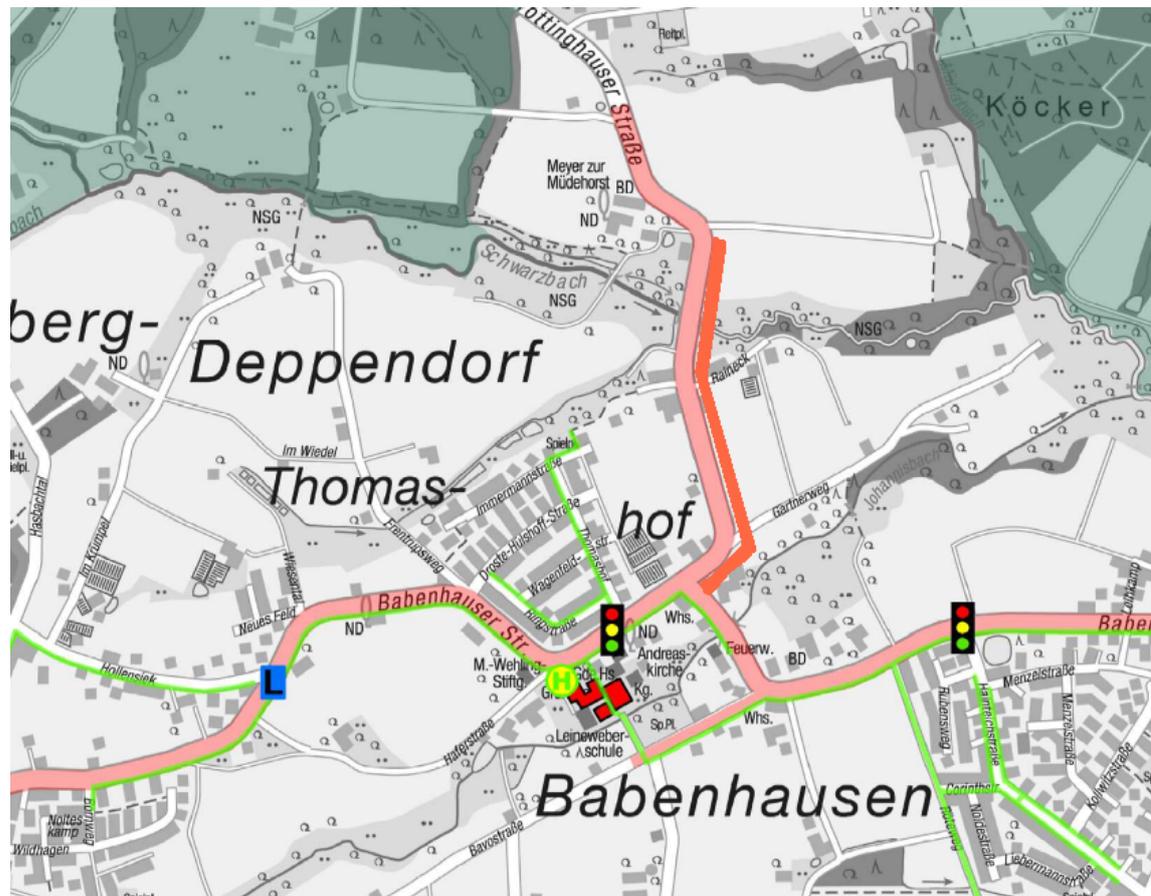
Schulwegplan Schröttinghausen:

Veränderung des Schulweges entlang der Schröttinghauser Straße (orange gekennzeichnet). Herr Berenbrinker führt aus, dass die Nutzung des Radweges entlang der Schröttinghauser Straße für die Schulkinder sicherer sei als entlang der relativ schmalen Schloßstraße.



Schulwegplan Babenhausen

Der orange gekennzeichnete Bereich soll mit in den Schulwegplan aufgenommen werden.



Frau Viehmeister regt im Zusammenhang mit den Schulwegplänen an, die Piktogramme zur Schulwegsicherung – wie in Niedersachsen – in weiß zu markieren, da diese viel deutlicher zu erkennen seien.

Herr Berenbrinker erbittet eine Auskunft hierzu vom Amt für Verkehr.

Zu Punkt 13

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 13.1 Errichtung zusätzlicher Signalgeber an den Einmündungen der Babenhauser Straße und der Kirchdornberger Straße

Den Mitgliedern der Bezirksvertretung Dornberg liegt folgende schriftliche Stellungnahme des Amtes für Verkehr vor:

***Errichtung zusätzlicher Signalgeber an den Einmündungen der Babenhauser und der Kirchdornberger Straße in Zuge der Wertherstraße,
Beschluss der BV Dornberg, Arbeitskreis Stadtteilentwicklung vom 01.12.2011***

Die Fußgängerlichtsignalanlage in der Wertherstraße in Höhe der Babenhauser Straße wird verkehrsunabhängig signalisiert. Das heißt, dass die Fahrzeugsignale an der Lichtsignalanlage nur in ROT geschaltet werden, wenn eine reale Fußgängeranforderung vorliegt, wenn Stau durch den linksabbiegenden Kfz-Verkehr in die Babenhauser Straße sowie Stau durch den linkseinbiegenden Verkehr aus der Babenhauser Straße erkannt wird. Ein evtl. vorhandener Rückstau, wird jeweils über die zwei in der Fahrbahn verlegten Stauschleifen ermittelt. Des Weiteren ist in Fahrtrichtung Werther, vor der Babenhauser Straße, eine zusätzliche Wartelinie (Blockmarkierung) mit dem Hinweisschild „Bei Rot hier halten“ installiert worden.

Zusätzliche Signalgeber als Vorsignalisierung vor der Einmündung Kirchdornberger Straße (stadteinwärts) zur Entspannung der dortigen Verkehrssituation in Verbindung mit der o. g. Fußgängerlichtsignalanlage, sind aufgrund der vorhandenen Entfernung von über 370m zur Fußgängerlichtsignalanlage weder signaltechnisch noch verkehrstechnisch möglich bzw. sinnvoll. Um an dieser Stelle eine signalisierte Verkehrsregelung zu ermöglichen, ist eine separate Lichtsignalanlage erforderlich. Aufgrund der vorhandenen, unkritischen Verkehrssituation und der bekannten, angespannten Haushaltslage (Nothaushalt) sieht die Verwaltung keine Möglichkeit an diesem Standort eine neue Lichtsignalanlage zu errichten.

Eine Vorsignalisierung vor der Einmündung Babenhauser Straße (stadtauswärts), um das Einbiegen aus der Babenhauser Straße in die Werther Straße zu erleichtern, wäre aus signaltechnischer Sicht möglich. Aus verkehrstechnischer Sicht könnte diese Vorsignalisierung jedoch zu Irritationen und ggf. zu Fehlverhalten einiger Autofahrern führen. Die gewünschte Vorsignalisierung müsste ca. 60m vor der Fußgängerlichtsignalanlage installiert werden. Dadurch müsste das Vorsignal um 5 Sekunden früher in ROT geschaltet werden als die Fahrzeugsignale an der Fußgängerlichtsignalanlage. Autofahrer die aus der Straße „Am Sportplatz“ und der Babenhauser Straße in die Wertherstraße einbiegen wollen, könnten durch die am Vorsignal haltenden Kfz verleitet werden in die Wertherstraße einzubiegen, obwohl aus der Gegenrichtung noch keine Sperrung (Rotschaltung) der Wertherstraße erfolgt ist. Eine verkehrssichere und leistungsfähige Signalisierung aller Abbiegeströme an diesem Knotenpunkt ist nur durch eine voll ausgebaute Knotenpunktlichtsignalanlage möglich. Aufgrund der vorhandenen, unkritischen Verkehrssituation (auch die Unfallsituation ist

an diesem Knotenpunkt sehr unauffällig) und der gegebenen Haushaltslage empfiehlt die Verwaltung keine Änderung an der vorhandene Lichtsignalanlage vorzunehmen.

Herr Huber spricht sich entgegen der Stellungnahme des Amtes für Verkehr aufgrund der verkehrlichen Situation für die Einrichtung zusätzlicher Signalgeber an der Babenhauser Straße aus.

Herr Steinkühler widerspricht und führt aus, dass gerade an der Babenhauser Straße mit der Ampelschaltung, der Haltelinie und dem Schild „hier halten“ die Abbiegeproblematik gut gelöst worden sei.

Die Mitglieder einigen sich dahingehend, die Situation an der Wertherstraße im Bereich vor dem Bürgerzentrum weiterhin zu beobachten und bei Bedarf zusammen mit dem Amt für Verkehr neu zu beraten.

-.-.-

Zu Punkt 13.2 Spielplatzsituation Auf der Egge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3652/2009-2014

Frau Steinborn stellt die Informationsvorlage vor und verweist auf die stadtweite Bedarfsprüfung aller Kinderspielplätze und eine sich daraus ergebende Umschichtung von Spielgeräten mit denen dann die Fläche am Grewenbrink bestückt werden könnte. Die Fachverwaltung wird das Ergebnis der Prüfung in der Bezirksvertretung Dornberg vorstellen.

Die Mitglieder nehmen Kenntnis.

-.-.-

Hermann Berenbrinker,
Bezirksbürgermeister

Steinborn,
Schriftführerin